

# „Müssen genauer hinschauen“

Jüdische Gemeinde: Antisemitismus ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen

Von Nele Leubner

**WIESBADEN.** „Was früher nur am Stammtisch oder innerhalb der Familie in den eigenen vier Wänden gesagt wurde, äußert sich mittlerweile in Taten auf der Straße oder auf dem Fußballplatz.“ Daniel Neumann, Direktor des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden in Hessen, berichtet, dass auf Schulhöfen gesagt werde: „Mit dir darf ich nicht spielen, ihr Juden tötet meine Glaubensbrüder“. Auf israelfeindlichen Demonstrationen werden Rufe wie „Juden ins Gas“ laut, wer sichtbar jüdisch ist, wird körperlich angegriffen und endet teils im Krankenhaus. „Eine Kippa zu tragen, reicht in Deutschland aus, um zum Ziel zu werden“, betont Neumann.

Antisemitismus, so sagt Neumann, komme nicht mehr nur „von rechts, von links oder arabischen Ländern“, sondern sei „in der Mitte der Gesellschaft – in allen Schichten – angekommen“.

## 15 bis 20 Prozent teilen antisemitische Ansichten

Wer davon ausgehe, Antisemitismus sei ein „importiertes Problem“ von Migranten aus muslimischen Ländern, mache es sich zu einfach. Der Antisemitismusbeauftragte Uwe Becker (CDU) sowie die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen (RIAS) seien „gut und wichtig“, allerdings brauche es tiefere Erhebungen zum Antisemitismus in Hessen, meint Neumann.

Antisemitismus in Hessen den Kampf ansagen, das möchte auch die FDP-Landtagsfraktion und hat ein Positionspapier da-



Daniel Neumann ist Direktor des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden in Hessen. Foto: Guido Schiek

zu entwickelt. Fraktionsvorsitzender René Rock betont: „Ich bin fest davon überzeugt, dass nicht genug passiert im Kampf gegen Antisemitismus. Wir wollen auch genauer hinschauen.“ Die Forderungen der Liberalen umfassen drei Kernthemen: Stärkung der Bildungsarbeit, die Garantie sicheren jüdischen Lebens in Deutschland sowie die Förderung des gesellschaftlichen und politischen Zusammenhalts. Konkret heißt das beispielsweise eine „Null-Toleranz-Strategie“ an hessischen Schulen, eine Dunkelfeldstudie zu Antisemitismus in den Bildungseinrichtungen sowie der verpflichtende Besuch einer Holocaust-Gedenkstätte.

Aktuellen Studien zufolge teilen 15 bis 20 Prozent der Deutschen antisemitische Ansichten. Rock meint: „Das Erstarken der

Rechten, die Herausforderung der Integration von Menschen aus Ländern, wo Antisemitismus zum guten Ton gehört und dass viele Zeitzeugen sterben, die berichten könnten, sind eine Herausforderung für die Erinnerungskultur. Wir sollten uns nicht nur mit dem Thema beschäftigen, wenn mal wieder etwas passiert ist.“

Zudem müssten Sicherheitsbehörden stärker für Antisemitismus sensibilisiert werden, fordert die FDP-Fraktion. „Die taktische Einschätzung, insbesondere bei Demonstrationen, muss verbessert werden“, sagt Rock. Schutzmaßnahmen und Polizeipräsenz vor Synagogen und auch der jüdischen Schule in Frankfurt sollten „fortlaufend überprüft und bei Bedarf angepasst werden“ – auch mit den

entsprechenden finanziellen Mitteln. Derzeit würden die jüdischen Gemeinden und Institutionen die Hälfte ihres eigenen Budgets für Sicherheitsmaßnahmen aufwenden. Aber auch Melde- und Informationsstellen zur Erfassung von antisemitischen Übergriffen oder Straftaten sollten ausgebaut werden, so Rock. Neumann erklärt: „Die vorhandene RIAS-Recherche- und Informationsstelle erfasst nur die aktiv gemeldeten Fälle – vieles wird aber von den Mitglieder der jüdischen Gemeinden gar nicht mehr angezeigt. Tiefere Erhebungen und Beratungen in den Communitys selbst wären sinnvoll.“ Er meint: „Wir werden Antisemitismus in der Gesellschaft nie ganz verhindern können. Aber lernen, ihn zu beherrschen.“